

1552/J XXI.GP

Eingelangt am:23.11.2000

ANFRAGE

der Abgeordneten Helmut Dietachmayr, Mag. Barbara Prammer, Mag. Kurt Gaßner, Ing. Kurt Gartlehner, Marianne Hagenhofer, Dr. DI Peter Keppelmüller, Georg Oberhaidinger und Rainer Wimmer
an den Bundesminister für Inneres
betreffend Einsparung bei Polizei und Gendarmerie

In den OÖ. Nachrichten vom 23.11.2000 wird davon berichtet, daß in Oberösterreich in den nächsten zwei Jahren 100 Gendarmen eingespart werden sollen. Österreichweit sollen 600 bis 700 Planstellen eingespart werden.

Von den österreichweit insgesamt 16 000 Gendarmen machen derzeit ca. 2300 in Oberösterreich Dienst. Gemäß diesem Verhältnis entfällt auf Oberösterreich ein Einsparungsplan von rund 100 Gendarmen in den nächsten beiden Jahren.

Das Landesgendarmeriekommando macht sich bereits Gedanken, wie und wo die Leute am leichtesten eingespart werden können. Fraglich ist, ob das Einsparungsziel durch Auslagerungen wie z.B.: von Kfz - Werkstatt und Küche sowie durch Pensionierungen, die nicht mehr nachbesetzt werden, erreicht werden kann oder ob auch Postenschließungen und -zusammenlegungen notwendig sind.

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Inneres die nachstehende

A N F R A G E

1. Wie viele Personen (Beamte und Vertragsbedienstete) sollen bei der Polizei und Gendarmerie in Oberösterreich tatsächlich in den nächsten 2 Jahren eingespart werden?
2. Gibt es im Innenministerium konkrete Pläne darüber, wo (in welchen Bereichen und bei welchen Polizei - und Gendarmeriedienststellen) die Personaleinsparungen vorgenommen werden sollen? Falls ja, wie sehen diese aus?
3. Wird es zu Postenschließungen und -zusammenlegungen in Oberösterreich kommen? Falls ja, welche konkreten Posten von Polizei und Gendarmerie werden in den nächsten Jahren geschlossen bzw. zusammengelegt?
4. Wie hoch sind die konkreten finanziellen Einsparungen, die sich aus dem Personalabbau und den Postenschließungen in Oberösterreich in den nächsten 2 Jahren ergeben?
5. Gibt es bereits Personaleinsparungspläne und Postenschließungs bzw. -zusammenlegungspläne für den Bereich der Polizei und Gendarmerie, die über das Jahr 2002 hinausgehen? Falls ja, wie sehen diese konkret für ganz Österreich und speziell für Oberösterreich aus?